



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Leonhard Burckhardt
Grossratspräsident

Schlussrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel – Stadt

21. Januar 2004

Frau Statthalterin

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Herr Regierungspräsident

Geschätzte Mitglieder des Regierungsrates

Meine Damen und Herren

die Beschränkung eines politischen Amtes auf ein Jahr ist eine alte Idee; sie gehört zu vielen republikanischen Staatsformen. Sie werden sich nicht wundern, wenn ich Ihnen sage, dass schon die alten Griechen und Römer die meisten ihrer öffentlichen Funktionen dieser Limitierung unterworfen haben. Gründe dafür lassen sich viele finden: man wollte vielleicht die Amtsinhaber vor Überforderung bewahren oder aber man wollte ihrer Macht Grenzen ziehen oder man sorgte durch den Turnus dafür, dass möglichst viele Personen an die Reihe kamen und die Chance hatten, bedeutsame Positionen einzunehmen. Damit ist der aristotelische Gedanke verbunden, dass der Wechsel zwischen Herrschen und Beherrschtwerden zur politischen Gleichheit gehöre. In Rom hatte die Annuität der Ämter auch den Zweck, dass die Magistraten nach Ablauf ihres Amtsjahres zur Rechenschaft gezogen und fehlbare einer Strafe zugeführt werden konnten. Es ist nicht üblich, dass abtretende Grossratspräsidenten detailliert Rechenschaft über ihre Amtsführung ablegen und bestraft wurde deswegen meines Wissens auch noch keiner. Ich hoffe doch zuversichtlich, dass Sie diese sympathische Angewohnheit nicht ändern und auch heuer in dieser Beziehung nichts Neues beginnen wollen. Ich erlaube mir aber am Ende dieses Amtsjahres, Rückschau zu halten und ein paar nach meinem Dafürhalten besonders bemerkenswerte Vorkommnisse, interessante Phänomene oder bedeutsame Entwicklungen noch einmal in Erinnerung zu rufen.

Mir ist bei diesem Blick zurück in das ablaufende Amtsjahr aufgefallen, dass der Grosse Rat während dieser Periode mehrere Premieren erlebte oder sogar selber inszenierte. Drei davon möchte ich besonders hervorheben.

Zunächst zählt dazu, dass wir damit begonnen haben, einen unabhängigen Parlamentsdienst einzurichten. Ebenfalls zum ersten Mal wurde in Basel-Stadt eine Parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt und schliesslich hat sich der Grosse Rat an einem Standesreferendum beteiligt, welches erstmals in der Geschichte des Bundesstaates zustande kam.

Die Beweggründe für diese Neuerungen liegen politisch gewiss sehr unterschiedlich und ich möchte in keinem Fall ein Urteil zum jeweiligen Entscheid abgeben; aber welches auch

immer die Motive für diese zum Teil bekanntlich sehr umstrittenen Massnahmen gewesen sein mögen und wie auch immer man sie beurteilt, so zeugen doch alle drei davon, dass das Parlament seine Stellung stärken und seine Rolle aktiver als auch schon interpretieren will.

Es gibt mehrere Adressaten dieser Beschlüsse: zunächst das hohe Haus selber, das sich dank verstärkten Dienstleistungen besser für seine politische Arbeit rüsten will, dann Regierung und Verwaltung, deren Massnahmen und Gebaren in einem Punkt ganz genau untersucht werden sollen, und schliesslich der Bund, dessen Steuerpaket auf den Prüfstand der Volksabstimmung muss.

Ich möchte diese Entscheide als Ausgangspunkt nehmen und in lockerer Form ein paar Gedanken daran anknüpfen, die ihnen vielleicht zu einem guten Teil bekannt vorkommen, die aus meiner Sicht aber im letzten Jahr an besonderer Virulenz gewannen. Der Aufbau des Parlamentsdienstes und damit der Ausbau der Dienstleistungen für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind aus meiner Sicht unabdingbare Voraussetzungen für die Wahrung der Miliztauglichkeit des Grossen Rates. Die zu behandelnden Geschäfte werden komplexer und nicht unbedingt weniger an der Zahl. Die technischen und sachlichen Vorgaben an die Gegenstände, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, werden vielfältiger und komplizierter. Dazu gehört, dass die Partner, mit denen wir aus ureigenstem Interesse kooperieren möchten, zahlreicher werden. Ferner ist sehr spürbar, wenn das auch keine ganz neue Klage ist, dass die Ansprüche an das Tempo der Behandlung von Geschäften wachsen und diejenigen an die Qualität der Beschlüsse sich zumindest nicht verringern. Das entspricht dem immer rascheren Wandel im Umfeld des politischen Bereichs. Althergebrachte Gegebenheiten werden immer schneller in Frage gestellt, wobei ich offen lassen möchte, ob die neu vorgeschlagenen Antworten wirklich jedes Mal vorzuziehen sind.

Diese zunehmenden und wechselnden Anforderungen, deren Liste sich vermehren liesse, führen mitunter zu einer gewissen Hektik, die mit etwas mehr Gelassenheit der Beteiligten auch unterbleiben könnte. Es bleibt aber Tatsache, dass die Erwartungen an die Grossratsmitglieder gestiegen sind. Eine schlichte verbale Vereinfachung der Probleme und dementsprechende Lösungsvorschläge genügen als Ausweg nicht. In der Sache bleibt das Leben in der politischen Gemeinschaft vielfältig und schwierig und Politik zu betreiben, bedeutet - frei nach Max Weber - immer noch das geduldige und manchmal frustrierende Bohren dicker Bretter.

Es ist darum seitens eines Milizparlamentes nicht zu viel verlangt, wenn ein Parlamentsdienst ihm möglichst viele Arbeiten abnimmt, damit seine Mitglieder die Köpfe frei haben für ihre eigentliche Aufgabe, nämlich begründete und transparente Entscheide zu fällen im Interesse der Allgemeinheit. Das kann und sollte auch damit einhergehen, dass der Grosse Rat, die Art seines Funktionierens und die Rolle, die er im Gemeinwesen spielt, in der Öffentlichkeit vermehrt und genauer wahrgenommen wird. Die Erwartungen, die gewisse Teile des Publikums an das Parlament richten, sind mitunter erstaunlich; sie schwanken bisweilen zwischen Allmacht und Ohnmacht des Grossen Rates. Hier tut präzisere Information not, die über die Position, die Möglichkeiten und die Grenzen der Tätigkeit des Grossen Rates sachlich unterrichtet.

In der Entlastung der Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier und in einem verbesserten Auftritt nach aussen liegen unter anderem wichtige Aufgaben des neuen Parlamentsdienstes. Dessen neuer Leiter hat in enger Zusammenarbeit mit dem Büro mit

dessen Aufbau begonnen. Wir werden Ihnen in den nächsten Monaten auftragsgemäss zum Aufbau und der Ausgestaltung des Dienstes berichten und dazu auch Kreditanträge vorlegen. Im weiteren haben wir vor, Ihnen eine Art Gebrauchsanleitung zum PD zu präsentieren, ein Vademecum sozusagen, das Ihnen genau erläutert, was Ihnen der Dienst in Ihren verschiedenen Funktionen alles bieten kann und auch, wo seine Grenzen liegen. Ich hoffe, dass diese Einrichtung es dem Grossen Rat erlauben wird, einigermaßen mit den Entwicklungen Schritt zu halten. Gelingt dieses Schritthalten nicht, droht im Extremfall eine Marginalisierung des Rates, ein blosses Hinterherhinken hinter dem, was die mit viel mehr Mitteln ausgestatteten Regierung und Verwaltung vorschlagen, ohne eigene wesentliche und fruchtbare Gestaltungsmöglichkeiten. Ich glaube allerdings nicht, dass es soweit kommt. Wir haben nicht nur mit der Einrichtung des Parlamentsdienstes, sondern auch mit anderen Entscheiden Gegensteuer gegeben. Ich verweise nur auf die Übernahme der Finanzkontrolle durch den Grossen Rat.

Damit habe ich aber schon übergeleitet zum zweiten Thema: Der Entscheid, eine PUK einzusetzen, betrifft primär den Regierungsrat. Er ist aber beileibe nicht typisch für das Verhältnis zwischen dem Grossen Rat und der Regierung. Letztere findet bekanntlich für die überwiegende Mehrheit ihrer Anträge Gefolgschaft im Parlament. Wäre es nicht so, müsste man sich in der Tat überlegen, ob unser politisches System grundsätzlich falsch ausgestaltet ist. Dasselbe gälte allerdings auch für den umgekehrten Fall, nämlich wenn die Regierung im Parlament nie auf Widerspruch stossen würde. Unsere institutionelles Gefüge zwingt die beiden Gewalten in ein gegenseitiges Spannungsverhältnis und hält sie zugleich zu enger Kooperation an. Das Parlament beaufsichtigt die Regierung und die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ist das schärfste Mittel, um diese Aufsicht wahrzunehmen. Da sie punktuell einen bestimmten Sachverhalt zu untersuchen hat, kann auch nicht von einem generellen Misstrauen des Rates gegenüber der Exekutive die Rede sein. Das wäre erst dann der Fall, wenn sich die Einsetzung von PUKs häufen würde oder wenn diese mit ihren Anliegen keine Akzeptanz bei der Legislative mehr fände. Im Ausnahmefall kann eine PUK zum Ringen um gute Lösungen gehören, das im Zusammenspiel der beiden Räte angelegt ist. Dass dabei jede Gewalt versucht, in quasi natürlicher Gravitation möglichst viel Einflussmöglichkeiten auf die eigene Seite zu ziehen, ist nicht verwerflich, sondern gehört zum Spiel der Kräfte.

Wir befinden uns momentan im Versuch, diese Kräfte zwischen Regierungsrat und Grosse Rat neu auszutarieren. Dieser hat mit dem Entscheid vom letzten Mittwoch, nicht auf das Steuergesetz einzutreten, ein höchstens vorläufiges Ende gefunden. In der Debatte über diese Vorlage wurden nach meiner Wahrnehmung von der befürwortenden wie der gegnerischen Seite sehr bedenkenswerte, aber auch weniger überzeugende Argumente vorgetragen. Es steht mir nicht zu, diese zu werten oder den Beschluss zu kommentieren. Trotzdem halte ich die Frage für wichtig, weswegen ein Unterfangen, mit dem der Grosse Rat während dreier Legislaturen mehr oder weniger intensiv befasst war, in einer entscheidenden Phase Schiffbruch erlitt, obwohl eine breite Mehrheit den Einstieg in den Umbauprozess seinerzeit durchaus befürwortete. Ich merke ja, dass auch viele Vertreter der obsiegenden Mehrheit nicht wirklich zufrieden sind, weil die Defizite des heutigen Zustandes ganz offensichtlich sind. Wieso also scheiterte diese wichtige Vorlage? Es gibt gewiss viele Ursachen dafür, auf die ich nicht eintreten möchte, zu denen mir auch kein Kommentar zusteht. Ich erlaube mir dennoch auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der, so weit ich mehr spüren als belegen kann, eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Er liegt nicht auf der sachlichen, sondern auf der psychologischen Ebene und betrifft direkt das Verhältnis von

Grossem Rat zum Regierungsrat. Die Exekutive genoss nämlich in diesem Geschäft im Gegensatz zu vielen anderen kein Vertrauen bei einem ausschlaggebend grossen Teil der Ratsmitglieder. NPM oder dessen abgeschwächte Derivate wie das Steuergesetz wurden als Anliegen der Regierung empfunden und es gelang nie, sie zu einem des Parlamentes zu machen. Man ging nicht gemeinsam voran und entwickelte die Dinge miteinander: die Regierung hat vielmehr die Daten gesetzt, denen sich der Rat anzupassen hatte. Besonders deutlich wurde das bemerkbar nach dem Beschluss der Legislative vor einem guten Jahr, einen Marschhalt in Sachen NPM einzulegen. Diesen Halt hat der Grosse Rat vielleicht beabsichtigt, der Regierungsrat ist aber unbeirrt weitergegangen. Das war gewiss rechtlich in Ordnung, ob es aber politisch opportun war, erlaube ich mir aus der Sicht des Parlamentes in gebührender Bescheidenheit zu bezweifeln. Jedenfalls wurde auf diese Weise viel guter Wille verspielt. Das Parlament oder korrekter: ausreichend grosse Teile davon fühlten sich nicht ernst genommen.

Das Ergebnis ist eine sich zunehmend ausweitende Diskrepanz zwischen der Art und Weise, wie der Regierungsrat seine Aufgaben erfüllen und die Verwaltung organisieren möchte, und der Art, wie er dem Parlament gegenübertritt. Das kann nur schon wegen der Kosten, die die jetzt notwendige doppelte Buchführung verursacht, auf die Dauer nicht gut gehen, damit ist den Anliegen der Kantonsbewohnerinnen und -bewohner nicht optimal gedient. Ich hoffe daher dringend, dass eine Lösung für die Staatsleitung gefunden werden kann, die weitgehend befriedigt. Dazu müssen sich aber alle Seiten bewegen: es kann nicht so funktionieren, dass die eine Seite sagt, wo es durchgeht, und die andere freundlich einlädt, ihr zu folgen.

Doch genug dazu: Ich komme zum dritten Thema: Basels Stellung im Bund der Eidgenossinnen und Eidgenossen ist ein Dauerbrenner, der wegen des Kantonsreferendums wieder einmal zum Diskussionspunkt wurde. Ich möchte hier nicht Stellung nehmen zum Steuerpaket, über das im Mai abgestimmt werden soll, das Landesreferendum aber zum Anlass nehmen, die Thematik etwas zu öffnen. Als eine hohe schweizerische Magistratin im Verlaufe des letzten Jahres bei zu uns auf Besuch war, sagte ein prominenter Bankier mit Blick auf die einschlägigen Finanzströme, dass Basel - und ein Bankier muss das schliesslich wissen - seit 155 Jahren ein Nettozahler an Bund und die übrigen Kantone sei. An dieser Tatsache wird sich auch im 156. Jahr des Bestehens des Bundesstaates nichts ändern und wohl auch nicht am Umstand, dass wir uns dennoch beim Bund nicht angemessen wahrgenommen fühlen. Darüber zu lamentieren nützt nichts, weil Klagegesänge bei dem anvisierten Publikum, den entsprechend erfahrenen und abgehärteten Bundesbehörden, im allgemeinen wenig Eindruck hinterlassen, wenn nicht entsprechende Stimmkraft dahinter steckt. Es lohnt sich aber vielleicht, einen Moment über die Gründe für unsere im Vergleich zu anderen Ständen wenig prominente Stellung im Bund nachzudenken. Dass diese Stellung so sei, möchte ich nicht in Frage ziehen, auch wenn unsererseits unsere angeblich arg vernachlässigte Aussenseiterposition bisweilen etwas übertrieben dargestellt wird. Die geringe Zahl der Basler Bundesratsmitglieder und das Fehlen von eidgenössischen Institutionen in der Nordwestschweiz sind dabei gewiss Anhaltspunkte, aber nicht die einzigen. Es gibt andere, wie zum Beispiel die Zahl der Chefbeamten im Bund oder die diversen Wohlstandsbarometer, gemessen an denen die Region wohl besser dasteht. Aber trotzdem: die Interessen Basels kommen im Bund wohl tatsächlich zu wenig zur Geltung. Ich sehe darin aber nicht ein Problem der personellen Zusammensetzung unserer Delegation in den eidgenössischen Räten, wie manchmal behauptet wird. Die Gründe liegen tiefer und sind eher langfristiger, struktureller und

historischer Natur. Sie sind zum Teil gut bekannt und oft diskutiert: an der Randlage der beiden Basel zur Schweiz lässt sich wenig ändern. Auch scheint der politische Wille vorläufig zu fehlen, die Nordwestschweiz mit einer Stimme sprechen zu lassen; die Region wird sich also weiterhin einen geteilten, mehrstimmigen Auftritt in Bern leisten. Und es wird dabei bleiben: Basel-Stadt ist schon länger ein relativ kleiner Kanton - nicht nur flächen- sondern auch bevölkerungsmässig.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf einige weitere, der Öffentlichkeit weniger bewusste Umstände hinweisen. Zunächst gilt es die historische Rolle Basels im Bund nicht ausser Acht zu lassen. Basel wurde von Anbeginn die Rolle des Mittlers in Streitigkeiten zugeordnet, der zurückhaltend zu sein hatte im Bezug eigener Positionen und in der Durchsetzung eigener Interessen. Das prägte neben anderen Momenten schon früh das Verhalten Basels gegenüber den Miteidgenossen. Es waren andere Stände wie Zürich, Bern oder die Waldstätte, die dem Bund bis 1848 traditionell den Stempel aufdrückten; Nachwirkungen davon sind bis heute spürbar.

Dazu kommt weiter, dass Basel keiner der Minderheiten in unserem Land angehört, die gemessen an ihrer rein zahlenmässigen Stärke im Bund gewiss aus guten oder zumindest nachvollziehbaren Gründen überproportional vertreten sind: wir sind weder welsch noch sind wir ein Landkanton. Wir schwimmen als urbaner deutschsprachiger Kanton mit der Mehrheit des Landes und sind folglich keine Gruppe, auf die institutionell oder politisch besonders zu achten wäre.

Vieles an diesen Fakten ist nicht zu ändern. Es bleiben, um sie zu überwinden, nebst Gelassenheit überzeugende Argumente für die Vertretung der eigenen Anliegen und das Knüpfen möglichst zahlreicher Kontakte über die Kantonsgrenzen hinaus. Das Büro hat dies im Rahmen seiner bescheidenen Möglichkeiten in den letzten Jahren getan und es wird es auch weiterhin machen. Man darf im übrigen als Vertreter unseres Kantons auch mit seinen Pfunden wuchern und mit dem angemessenen Selbstbewusstsein durchaus darauf pochen, dass Basel-Stadt materiell und ideell ein wertvolles Bundesglied ist, das für seine Anliegen auch auf die Solidarität seiner Landsleute sollte zählen können.

Solidarität ist das Stichwort, mit dem ich in die Schlusskurve meiner letzten Rede von diesem Sessel aus biegen möchte. Ich bin überzeugt, dass der Wohlfahrt unserer Kantonsbewohnerinnen und Kantonsbewohner am besten gedient ist, wenn sie unter sich ein Mindestmass an gegenseitiger Achtung und Solidarität walten lassen. So sehr die Definition dieses Mindestmasses Gegenstand politischer Auseinandersetzung ist und sein muss, so ist doch offensichtlich, dass eine Ansammlung wandelnder Ich-AGs als politische Gemeinschaft nicht lebensfähig ist. Noch ist Basel nicht dort angelangt: ich habe im Gegenteil während des letzten Jahres auf Besuch bei zahlreichen Vereinen, Körperschaften, Gesellschaften und vielen anderen Gruppen erfahren dürfen, dass die Bereitschaft, sich über den Tellerrand des unmittelbaren Eigeninteresses für die Öffentlichkeit zu engagieren, nach wie vor sehr hoch ist. Das Engagement mag sehr unterschiedlich sein und in verschiedene Richtungen zielen. Es zeigt aber, dass das Identifikationspotential Basels, das ich in meiner Antrittsrede angesprochen habe, immer noch vorhanden ist. Da und dort lässt es vielleicht nach oder bedarf der besonderen Fürsorge, aber im ganzen halte ich die Bindungs- und Integrationskraft unserer Stadt für ein erstaunliches und nicht selbstverständliches Phänomen. Es ist nicht nur, aber auch Aufgabe der Politik, den Nährboden dafür zu erhalten. Ich wünsche uns dafür das nötige Augenmass, ein offenes Herz und eine glückliche Hand.

Zu guter Letzt darf ich danken: zunächst Ihnen, meine Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte, für die gute Zusammenarbeit und das geduldige Verständnis, das Sie in Ihren verschiedenen Funktionen meiner Amtsführung entgegengebracht haben. Weiter möchte ich den Mitgliedern des Büros und besonders der Statthalterin meinen Dank aussprechen für die angenehme Kollegialität, die unsere Arbeit auch im vergangenen Jahr ausgezeichnet hat. Ich darf auch den Mitgliedern des Regierungsrates für das Wohlwollen danken, das mir von ihrer Seite stets entgegengebracht wurde. Es liegt mir auch viel daran, den guten Geistern, auf deren kompetente Arbeit ein Grossratspräsident zurückgreifen kann, meine grosse Anerkennung auszusprechen. Franz Heini, Eveline Martin, François Miserez und Sabine Canton sind, unterstützt von den beiden Weibern, ein sehr gutes Team: wir alle profitieren ausserordentlich von ihrer Arbeit. Vielen Dank auch dafür. Schliesslich wird die Infrastruktur und die Hülle, wenn ich das einmal so salopp sagen darf, für unsere Tätigkeit hervorragend in Stand gehalten von Peter Fischer, dem Abwart. Er ist zugleich um einen guten, weil aufmunternden Spruch nie verlegen. Für beides bin ich sehr dankbar. Und zu guter Letzt ist den Medienvertretern zu danken, die dafür sorgen, dass unsere Arbeit auch wahrgenommen kann. Ich möchte es als Schlusspunkt dieser Dankesreihe auch nicht zu betonen unterlassen, sondern vielmehr unterstreichen, dass ich bei allen Unterschieden in den Standpunkten mit der ehemaligen Präsidentin und dem jetzigen Präsidenten des Landrates, Ursula Jäggi und Hans-Peter Ryser, ausgezeichnet, ja freundschaftlich zusammengewirkt habe.

Jetzt dürfen Sie zum lockeren Teil des heutigen Tages übergehen: unser Leben ist wie seit alters immer noch geprägt vom Wechselspiel zwischen Alltag und Fest, zwischen Arbeit und Feiern: nach drei Sitzungstagen und einem intensiven Amtsjahr ist jetzt gewiss das Vergnügen an der Reihe. Ich fordere Sie also auf, sich ganz diesem Vergnügen hinzugeben, denn meiner Überzeugung nach kann nur richtig arbeiten, wer auch richtig festen kann!

